

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 31 (2011)
Heft: 60

Artikel: Tschernofukumühlebyl : die Atomlobby macht weiter
Autor: Fahrni, Oliver
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tschernofukumühlebyl

Die Atomlobby macht weiter

Haben Sie heute schon mutiert? Ihre Schilddrüsen gegen radioaktiven Beschuss gehärtet? Ihr Knochenmark für Plutonium immun gemacht? Das sollten Sie aber. Denn die Atom-Katastrophe geht ihren täglichen Gang. Nicht nur in Fukushima, wo der mehrfache Super-GAU inzwischen selbst vom Betreiberkonzern Tepco eingestanden wurde. Über 100 Millionen Liter hoch radioaktiv- und giftverseuchte Brühe, Strontium und Plutonium bedrohen die ganze Pazifikregion und den Rest der Welt. Fukushima wird über Jahrzehnte viele Menschen zu Tode bringen.

Die Katastrophe wütet sogar in unseren Köpfen und in der Schweizer Politik. 2010 gab es mindestens 42 ernste Störfälle in den fünf Schweizer Atommeilern. 17 mehr als 2009. Das AKW Mühleberg ist so brandgefährlich, dass es in allen westeuropäischen Ländern längst abgestellt worden wäre. In Beznau blubbert der älteste Druckwasserreaktor der Welt. Die Schweizer Meiler würden weder einem starken Erdbeben noch einem Flugzeugabsturz standhalten. Ihre Notkühlung ist höchst unsicher. Und doch ist es der Atomlobby und ihrer CVP-Bundesrätin *Doris Leuthard* gelungen, den Atomausstieg der Schweiz zu verhindern.

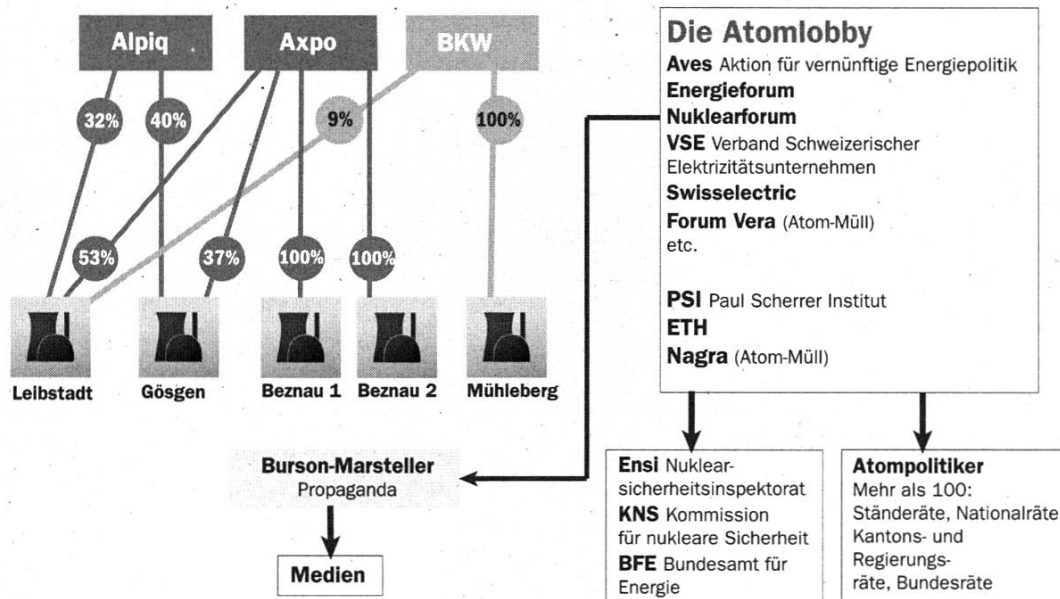
Wie bitte? Es gab doch den Ausstiegs-Entscheid des Nationalrates vom 8. Juni? Fakt ist: Der Nationalrat hat nur beschlossen, dass die fünf Schweizer Atommeiler bis 2034 vom Netz müssen. Und dass Luftschutzräume doch weiter Pflicht bleiben. Ein unvoreingenommener Beobachter könnte formulieren: Nach der Atomkatastrophe von Fukushima hat die Schweiz die Laufzeit ihrer AKW auf über 60 Jahre erhöht. Denn die *Atompartei SVP*, die FDP und andere Bürgerliche verhinderten eine Laufzeitbeschränkung. Mühleberg und Beznau 2 sind heute schon seit 40 Jahren im Betrieb, Beznau 1 seit 42 Jahren. Ausgelegt waren sie mal auf 30 Jahre.

Es ist erhellend für den Zustand der Politik und der schweizerischen Öffentlichkeit, dass uns Bundesrätin Leuthard einen solchen Plan als „historische Energiewende“ verkaufen konnte. In Wahrheit ist der Ausstieg vorerst verschoben. Die Atomlobby kann weitermachen. Und auf einen Meinungsumschwung hinarbeiten. Mit Millionenbudgets, die sie aus unserem Stromgeld finanziert. Und mit der Drohung einer Stromlücke. Kann sein, dass sie gerade darüber nachdenkt, wie sie mit einem organisierten Blackout unserem Vergessen nachhelfen kann.

Eigentlich ist daran nichts erstaunlich: Die Atomwirtschaft bestimmt seit Jahrzehnten die Schweizer Energiepolitik. Sie ist ein Krake. Ihre langen Arme haben Politik, Staat und Wissenschaft fest im Griff. Nur ein paar Tage ist die Atomlobby nach Fukushima in Deckung geblieben. Ihre

Gegenoffensive läuft. Mauern, mauscheln, leugnen. Das Leitblatt der Vierten Rechten, die *Weltwoche*, verkündete in der Essenz: Eigentlich ist, abgesehen von einem Tsunami, gar nichts geschehen. Und: Nein, sagen die Elektrizitätsunternehmen *BKW* und *Alpiq*, sie sehen keinen Grund, ihre Gesuche für neue Atomkocher zurückzuziehen. *BKW*-Präsident *Urs Gasche*: „Die Option Kernenergie ist nicht vom Tisch.“

Die Stromlobby hat die Politik im Sack



Im April sagte er exakt das Gegenteil. Wie *Axpo-Chef Heinz Karrer*. Nach Fukushima gab er sich tief erschüttert und wucherte mit seiner Zerknirschung. Neue AKW seien „in der Schweiz vom Tisch. Punkt“, sagte er damals. Nun will er seine AKW-Pläne allenfalls in eine „halboffene Schublade“ stecken. Und droht mit höheren Strompreisen, falls die Schweiz auf dem Ausstieg aus der strahlenden Technik bestehe.

Die Atomstromeier halten es wie Silvio Berlusconi. Der italienische Premier brüstet sich damit, das Volk mit seinem Atom-Moratorium bewusst getäuscht zu haben. Die Planung neuer Meiler laufe weiter. Auch Bundesrätin Leuthard hatte nach dem Super-Gau in Japan schnell zu einem Moratorium gegriffen. Heute wissen wir: Sie hatte nur die Notkühlung der öffentlichen Meinung angeworfen.

Auch dafür hatte *Economiesuisse-Chef Gerold Bührer* sie im September 2010 ins Departement für Umwelt, Energie und Verkehr (Uvek) beordert. „Zwei bis drei neue AKW“ sollte sie dort durchsetzen. Und nebenbei

viele neue Strassen bauen und die CO2-Normen aufweichen. Damals waren die Stromkonzerne kurz davor, trotz Tschernobyl und Kaiseraugst der Schweiz neue Atomkraftwerke aufzuzwingen. In jahrelanger irrsinnig teurer Lobbyarbeit hatten sie den Atomstrom wieder salonfähig gemacht. Klammheimlich und leise. In Schulen, Unis, Vereinen, Wirtschaftsverbänden, Politik. Motto: „Rede nicht über Minenfelder!“ Hauptargument: Atomstrom sei umweltfreundlich. Die Anti-AKW-Bewegung wurde kalt erwischt.

Dafür hatten die Konzerne die mächtigste Propaganda-Kampftruppe der Welt engagiert: *Burson-Marsteller*. Der PR-Multi hat in Chile Diktator Pinochet und in Argentinien die Junta beraten, organisierte weltweit die Leugner des Klimawandels und trat in der Schweiz als Imagepflegerin der Gentechnik auf. Ihr Handwerk haben die Politstrategen bei der Chemiekatastrophe von Bhopal und bei der AKW-Katastrophe von Harrisburg gelernt. Seit 2006 führt Burson-Marsteller die Geschäftsstelle des Schweizer *Nuklearforums*. CEO ist der frühere Kampagnenchef von Economiesuisse, *Urs Rellstab*. Mit einem Budget von Dutzenden von Millionen (NZZ) sollte 2013 die Abstimmung über neue Atommeiler gewonnen werden. Schon 2003 hatte die Economiesuisse 15 Millionen für die Kampagne gegen die Atomstoppinitiative aufgebracht.

Jetzt ist 2013 vorerst abgesagt. Und Bührer/Leuthard führen einen Faux-pas-de-deux auf. Die Economiesuisse wettet in Gross-Inseraten gegen den „Ausstieg“ Leuthards. Er fühle sich hintergangen, gab Bührer zu Protokoll. Interessant. Und überhaupt, sagt Bührer: „Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist nicht realisierbar.“ Aha. In der Schweiz sei nicht möglich, was Deutschland in elf Jahren schafft? Trotz weit besserer Voraussetzungen hierzulande? Die Ministerin, die im März den Ausstieg noch „leichtsinnig“ genannt hatte, mimt ihrerseits die Geläuterte und macht dem Atomstrom gleichzeitig alle Hintertüren auf. Sie „glaubt nicht“, dass die Schweiz ganz ohne Atomstrom auskommen könne. Ein Schritt vorwärts, zwei seitwärts und drei zurück. Fukushima, mon horreur.

Zum Beispiel die „Sicherheit“. Schweizer Meiler sollen kernspalten dürfen, solange sie „sicher“ sind. Absurd. Japan galt als sehr sicheres, hochtechnologisches Land. Vor allem aber besorgt die Schweizer Atomlobby die Beurteilung ihrer Sicherheit gleich selbst. Etwa *Horst-Michael Prasser*. Der Mann wagte eine kühne Schätzung. Ein schwerer Unfall in einem Kernkraftwerk werde nur „einmal in einer 1 Milliarde Jahre“ geschehen, hatte der *ETH-Professor* behauptet: „Unser Wissensstand ist heute nahezu perfekt.“ Das war 2008.

Am Tag 12 nach dem Atomdesaster von Fukushima bestätigte Prasser seine Schätzung in der NZZ: „Das ist tatsächlich die Grössenordnung.“ Wie das? Es gab allein in den letzten 32 Jahren drei schwere und Hunderte von gefährlichen Atomunfällen. Prasser: Die Schätzung gelte für AKW der nächsten Generation. Nur gibt es die nicht.

Bizarre „Wissenschaft“. Prassers Lehrstuhl an der ETH wird von *Swissnuclear* finanziert, also von den drei grossen Stromkonzernen *Axpo*, *BKW*, *Alpiq*. Sie betreiben die fünf Kernkraftwerke. Prasser ist ein gläubiger Freund des Atomstroms und fleissiger Lobbyist. Problem: Der strahlende Professor ist eine entscheidende Figur im Rat des *Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats, Ensi*, das über die Gefährlichkeit etwa der Schrottreaktoren in Mühleberg oder Beznau entscheidet.

Prasser und der Atomlobby kommt zupass, dass die Schweizer Atomaufsicht machtlos und schlecht gerüstet ist. Auf Betreiben der Stromkonzerne hatte das Parlament die Kompetenzen der Atomaufsicht beschnitten und ihr Budget geschrumpft. Sogar Walter Wildi, Professor an der Uni Genf und ehemaliger Präsident der Atomaufsichtskommission, formuliert vorsichtig: „Die schwache Atomaufsicht ist vermutlich gewollt.“ Zudem steht das Ensi, wie Prasser zeigt, unter Einfluss. Ensi-Chef *Peter Hufschmied* musste kürzlich sogar in Ausstand treten, nachdem seine Verbindungen zu *BKW* ruchbar wurden. Die Atomiker hatten nicht nur ein von ihm initiiertes Tropenhaus-Projekt in Frutigen mitfinanziert. Sie bedachten Hufschmieds Ingenieurfirma auch mit Aufträgen.

Auch *FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen* tat nach Fukushima seinen Job. Schliesslich haben ihn die Atomkonzerne genau für solche Situationen aufgebaut. Vor Fukushima sagte der Dreissigjährige: „Meine Generation muss nicht immer Tschernobyl bemühen, wenn wir über unsere einheimischen Kernkraftwerke reden.“ Nachdem die japanischen Atomkraftwerke explodiert waren, wusste er: Die radioaktive Strahlung müsse im AKW bleiben – „und das wird sie in jedem Fall“. Und sowieso: Die Schweizer AKW seien sicher. Kein Grund für den Atomausstieg. Unbeirrt kämpft Wasserfallen weiterhin für zwei neue AKW. Mindestens. Lieber drei.

Für solche Sätze haben die Atomstromer den freisinnigen Nachwuchspolitikern in das *Nuklearforum Schweiz* und in die *Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik)* gehievt. Im Nuklearforum traf er Doris Leuthard. In der *Aves* sitzen Dutzende von bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern (Liste: www.aves.ch/parlament.htm). Präsident: Der Zuger Ständerat *Rolf Schweiger, FDP*. Unter anderen begegnete Wasserfallen in der *Aves* seinen Parteifreunden *Johann Schneider-Ammann* und *Didier Burkhalter*. Die sind heute Bundesräte.

Das *Nuklearforum* ist eine zentrale Schaltstelle im Lobby-Netz der Atomwirtschaft. *BKW*, *Axpo* und *Alpiq* haben sich unter enormem finanziellem Aufwand einen mächtigen Apparat gebaut, der die Energiepolitik der Schweiz seit vielen Jahren bestimmt. Er umfasst Hunderte von Akteuren in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Medien. Das Geld sitzt locker. Denn schliesslich bezahlen die Stromkunden, also wir alle. Auch für Sponsoren-Auftritte: So finanziert *Axpo* etwa den Fussballverband („*Axpo Super League*“). Präsidentin des Nuklearforums ist die Nationalrätin *Corina Eichenberger-Walter, FDP*.

Diese Einflussnahme bewegt sich mitunter hart an der Grenze der Korruption. Eine legale, aber umstrittene Methode besteht etwa darin, zahlreiche National- und Ständeräte, kantonale Parlamentarier, Regierungsräte, Stadtpolitiker mit Verwaltungsratsmandaten der Stromkonzerne und ihrer zahllosen Tochterfirmen auszustatten.

Wer Akzeptanz schaffen will, muss auch die öffentliche Meinung kontrollieren. Suchen Medienleute eine objektive Expertenmeinung, wenden sie sich zuerst an die Wissenschaft. Dort finden sie meistens Atomfreunde: Auf Veranlassung der Stromwirtschaft schufen die beiden *ETH* und das *Paul-Scherrer-Institut (PSI)* 2006 einen neuen Studiengang Atomenergietechnik. Welche Rolle das PSI in der Atomstrategie spielt, sagt *Jean-Marc Cavedon*, Chef Nukleare Energie beim PSI. Er ist Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Nukleare Sicherheit und Vorständler des Nuklearforums: „Das PSI wird die Umsetzung der neuen AKW an vorderster Front begleiten.“

Doch im Bundesrat gab es ein Problem. Umwelt- und Energieminister war *Moritz Leuenberger*, *SP*. Zwar gibt es auch in seiner Partei einen atomfreundlichen Flügel (etwa den früheren Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, *Eduard Kiener*, oder den Berner Grossrat *Markus Meyer*, der die Geschäfte des *Forums Vera* führt). Doch als Sozialdemokrat konnte Leuenberger nicht offen für neue Atomkraftwerke eintreten. Und 2007 verlor die Atomlobby eine ihrer prominentesten Figuren in der Regierung: *Christoph Blocher*, *SVP*. Blocher war einst Verwaltungsrat der *Motor Columbus*, die das AKW Kaiseraugst bauen wollte, und er war es auch, der 1988 im Parlament eine grosszügige Entschädigung der Kaiseraugst-Konzerne durchsetzte.

Dieses Problem wurde nach den Bundesratswahlen 2010 per Handstreich gelöst. Doris Leuthard übernahm, nach Absprache von FDP, CVP und BDP, das Energieministerium. Sie war zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied des Nuklearforums und sass früher im Verwaltungsrat der damaligen AKW-Leibstadt-Betreiberin EGL. Einer ihrer Spitznamen in der Verwaltung lautet „*Atom-Doris*“.

Doch welche Strategie könnte dieser mächtige Apparat, der sich über weite Strecken mit der Grossbanken-Lobby deckt und verbandelt, verfolgen? Wozu leugnen sie die Folgen von Fukushima und die schlechte Sicherheit in Schweizer Atomöfen? Zu welchem Behufe drohen sie mit Blackout, Explosion der Strompreise und Zusammenbruch der Industrie (*Swissmem-Präsident Hans Hess*)?

Leute wie Bühler oder Karrer wissen, dass der Bau neuer AKW in der Schweiz kaum wahrscheinlich ist. Dies weniger, weil sie eine Volksabstimmung bestehen müssen. Arrogant und kraft ihrer Finanzmittel unterstellen sie, dass sie die öffentliche Meinung erneut wenden könnten. Schwerer wiegt die Ökonomie. Atomstrom war nie rentabel. Genauer: Rentabel ist er nur für die Konzerne. Volkswirtschaftlich ist er ein Desas-

ter. Er ist hoch subventioniert. Denn grosse Teile seiner Kosten wurden ausgelagert und auf irgendwann vertagt. So sind die Meiler nicht versichert. Die Versicherungsprämien wären immens.

Zudem müssten die Werke theoretisch für Atommülllagerung und Rückbau der Meiler Rückstellungen machen. Erster Witz: Die Kosten für den Abriss aller fünf AKW werden mit 2,2 Milliarden Franken veranschlagt. Deutsche und französische Beispiele zeigen, dass sie real etwa 10mal höher ausfallen werden. Zweiter Witz: Auch hier gilt die Macht der Lobby. Denn federführend für die Berechnungen ist die *Swissnuclear*, die Organisation der Atomstromer. Dritter Witz: Ende 2010 lagen im Stilllegungsfonds 1.3 Milliarden und im Entsorgungsfonds 2.8 Milliarden Franken. Die Fonds sind also „unterdeckt“. Im Klartext: Sie wurden mit zu wenig Geld geäufnet und das einbezahlte Geld wurde teilweise an den Finanzmärkten verspekuliert. Über diesen Zustand brauchen sich die Konzerne keine Sorgen zu machen. Sie sind, genau wie die UBS, too-big-to-fail. Tepco hat es dieser Tage vorgemacht.

Wir Stromkonsumentinnen und -konsumenten hingegen haben allen Grund zur Sorge. Würden die realen Kosten des Atomstroms in die Rechnung integriert, läge der Strompreis um mindestens 20 Rappen pro Kilowattstunde höher. Das ergibt die Differenz, die wir irgendwann bezahlen müssen. Derweil kassieren BKW, Axpo, Alpiq Milliarden Gewinne. Logisch, dass sie Reaktoren wie Mühleberg möglichst lange weiterlaufen lassen wollen. Risiko hin oder her. Trotz heftigen Sicherheitsmängeln wies BKW-Chef *Kurt Rohrbach* seine Manager an, Mühleberg zu betreiben, solange es gehe. Ihr Motiv ist simpel: Die fünf Schweizer AKW sind teilweise oder ganz abgeschrieben. Mit jedem Tag, den sie noch produzieren, rentieren sie besser denn je.

Das Risiko trägt allein die Bevölkerung. Trotz Atomfilz fanden die Ensi-Leute beim grossen Sicherheitscheck jetzt einiges an Mühleberg und den anderen Schweizer AKW auszusetzen. Sehr unsichere Notkühlung im BKW-Meiler etwa. Schlechte Erdbeben- und Hochwassersicherheit. Seit Fukushima sind das keine Details. Die AKW-Betreiber müssen nachrüsten.

Ein Gesuch von 100 Mühleberg-Gegnern, den Betrieb zu stoppen, fand dennoch kein Gehör. Es war gut dokumentiert. Unter anderem mit einer Expertise, die das Ensi selbst bei der Prüfanstalt TÜV Nord in Deutschland bestellt hatte. Die beurteilte die Risse im Kernmantel und die Zuganker, die notdürftig angebracht wurden, als gefährlich. Will heissen: Die Atomstromer spekulieren mit dem Restrisiko. Sie suchen den Gewinn und hoffen, dass nichts passiert. Finanzkapitalismus pur.

Freilich ist das nur ein erstes Motiv. Einen möglichen „Verzicht“ wollen sich die Konzerne möglichst dick vergolden lassen. Vom Staat und von der Kundschaft. Weiter, und das ist ihr Hauptmotiv, brauchen sie ein Pfand, um ihre Nach-Atom-Lösung zu erzwingen: Economiesuisse und Konzerne

wollen drei bis sieben Gross-Gaskraftwerke. Mit Erdölvereinigung, Swissmem und der Autolobby arbeiten sie deshalb in einer neuen Koalition aller Konzerne an der Aufweichung der CO₂- Ziele.

Ein Spiel mit harten Bandagen. Für die Stromer geht es um die Verteilmacht. Produzieren bald Hunderttausende in diesem Land ihren eigenen Strom aus erneuerbaren Energien, zerfällt diese Macht. Darum haben sogar einige Grüne und Sozialdemokraten ein offenes Ohr für die Lösung Gaskraftwerke. Grund: Die Stromkonzerne sind mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand. Sie fürchten die Privatisierung.

Zu kurz gedacht. Denn mit der kapitalistischen Deregulierung des Strommarktes und dem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien stossen bereits erste deutsche Konzerne ins Land vor, welche die dezentralisierten Stromerzeuger in neuen Netzen zusammenschliessen. Für Stromkonzerne gibt es nur einen Weg: Sofort raus aus dem Atom. Sich zum öffentlichen Dienst erklären. Und die rabiate Förderung alternativer Energieerzeugung. Das würde zwar die Profite schmälern, aber eine echte nachhaltige Versorgung dauerhaft sicherstellen. Und der Privatisierung wenigstens teilweise einen Riegel schieben.

Soviel Klarsicht ist von der Politik nicht zu erwarten. Ausserdem sind zumindest SVP, FDP und Grünliberale gerade auf die völlige Privatisierung aus. Den Atomausstieg, die Umstellung auf erneuerbare Energie und die demokratische Kontrolle der öffentlichen Energieversorgung kann nur die Bevölkerung erzwingen. Mit Initiativen und Referenden. Wie formulierte Helmut Hubacher, bis 1990 SP-Präsident: „Die EW gehören uns, dem Volk. Die Kantone sollen endlich die Energiewende organisieren.“



**Bestellen Sie
unsere Publikation
«Fachtagung 2010 –
Energiekrise als Chance»**

www.energiestiftung.ch

SCHWEIZERISCHE ENERGIE-STIFTUNG
FONDATION SUISSE DE L'ENERGIE

